

Immer mehr Risiken belasten die bayerische Wirtschaft

Die bayerischen Unternehmen sehen sich zunehmend mehr Geschäftsrisiken ausgesetzt. Während in den vergangenen Jahren einzelne Risiken im Fokus standen, sind es aktuell fünf Risiken, die mehr als jedes zweite bayerische Unternehmen umtreiben. Das zeigt die BIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2023 unter rund 3.700 bayerischen Betrieben. Das Risiko *wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen*, das einen Eindruck über den Zustand des Wirtschaftsstandorts insgesamt vermittelt, erreicht mit 59 % der Nennungen ein Allzeithoch.

Die Gemengelage ist vielschichtig. Die Risiken *fehlende Inlandsnachfrage*, *fehlende Auslandsnachfrage* und *Finanzierung* sind insbesondere durch die hohe Inflation, die Zinswende der westlichen Zentralbanken seit dem Sommer 2022 sowie der Wachstumsschwäche der Weltwirtschaft getrieben. Die dominierenden Risiken *Arbeitskräftemangel* sowie *Energie-*

und Rohstoffpreise sind hingegen eher struktureller Natur. Beide sind nach der ersten Phase der Corona-Pandemie stark angewachsen. Die Energie- und Rohstoffpreise gewannen mit dem russischen Angriffskrieg noch einmal zusätzlich an Bedeutung.

Bereits seit Ende 2018 ist das Risiko *wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen* mit wenigen Unterbrechungen kontinuierlich angewachsen. Aktuell sehen 59 % der Betriebe darin ein Risiko – so viele wie noch nie. Der Negativrekord wird in allen Branchen gleichermaßen erreicht. Den über 1.700 Freitextantworten zur Spezifizierung dieses weit gefassten Risikos zufolge, sehen die Unternehmen vor allem Probleme in der Bürokratie, fehlender Planungssicherheit, Inflation, einer hohen Steuerlast und in den geopolitischen Spannungen. Auch diese Nennungen zeigen, wie vielschichtig die Problemlage aktuell ist.

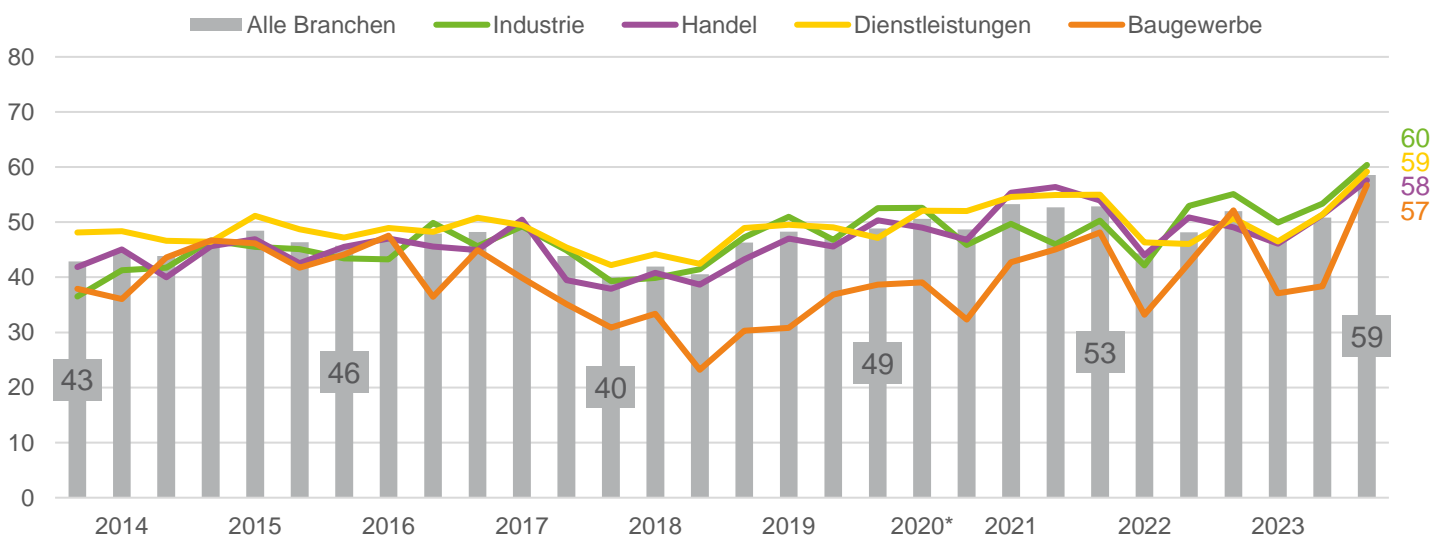
Die insgesamt breite Risikofront verdeutlicht abermals den Bedarf einer längst überfälligen wirtschaftspolitischen Kehrtwende, die die strukturelle Standortschwächen konsequent adressiert und mehr Planungssicherheit für unternehmerisches Handeln gewährleistet:

- Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik auf Arbeitsaufnahme und -ausweitung ausrichten, um Potenziale im Inland zu mobilisieren
- Energiepolitik kalkulierbar im Sinne wettbewerbsfähiger Preise gestalten und alle verfügbaren Energiequellen nutzen
- Bürokratieabbau von der kommunalen bis zur EU-Ebene konsequent umsetzen und sofortiges Moratorium für neue Regulierungsvorhaben verhängen

Hinweis: Die Umfrage lief vom 18.09.2023 bis 29.09.2023.

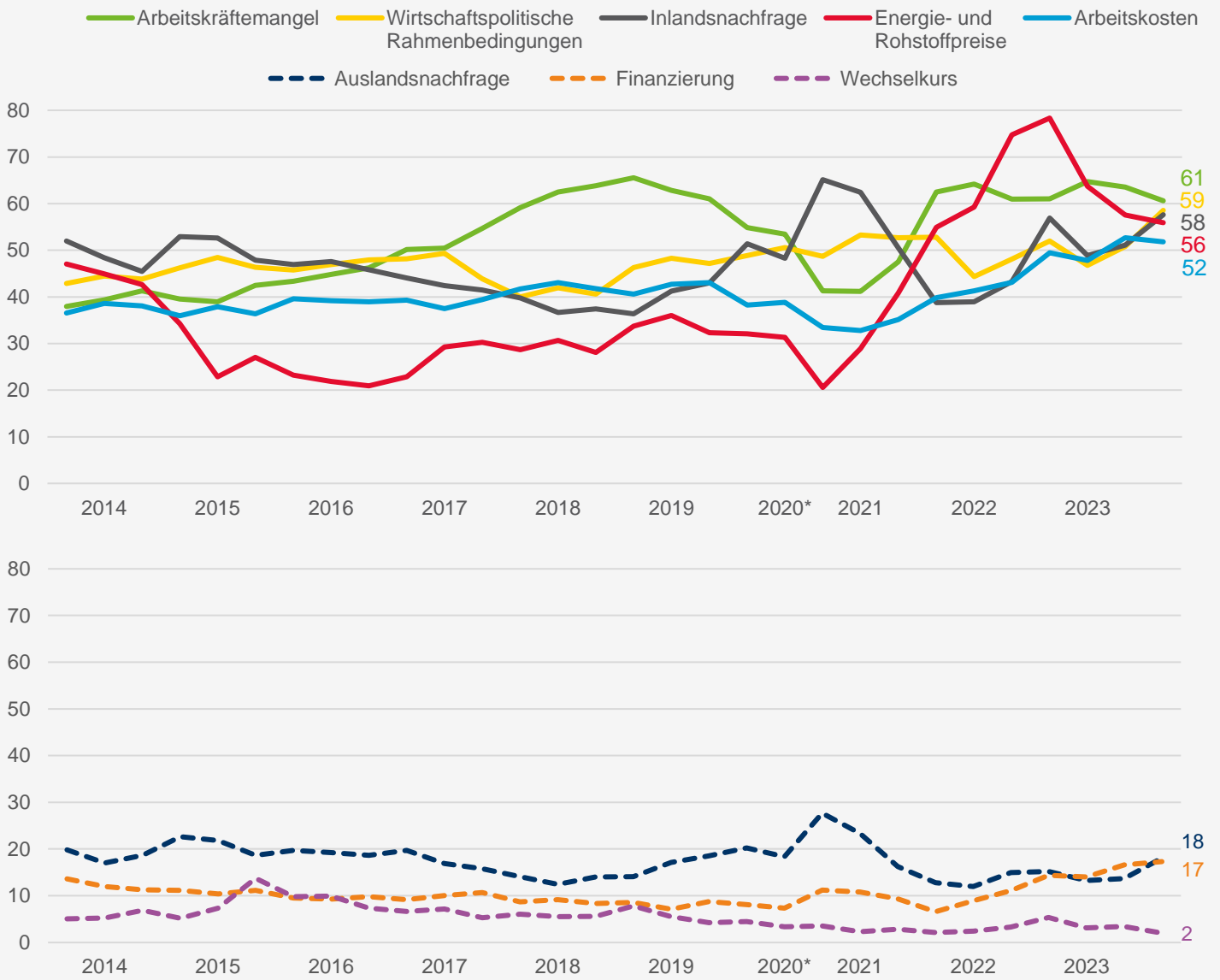
Risiko *Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen* in allen Branchen auf Rekordwert

Anteil der Nennungen in Prozent, unterteilt nach Branchen



Negativrekord: Fünf Risiken betreffen mehr als jedes zweite Unternehmen

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Drei Befragungszeiträume pro Jahr: Jahresbeginn, Frühjahr, Herbst. Zeitreihen beginnen zum Herbst 2013.

* Keine Daten für den Befragungszeitraum Frühjahr 2020

Weitere Informationen: